

Genossen betonen Kompetenzen

Hachenburger SPD analysiert Bundestagswahl - Netz für Nahwärme

HACHENBURG. Der SPD- Ortsverein Hachenburg hat sich kritisch mit dem Ergebnis der Bundestagswahl 2009 auseinandergesetzt. Konnten bei der Kommunalwahl 2009 in Rheinland-Pfalz noch überall Sitze in den Gremien hinzugewonnen werden, sieht sich die Partei auf Bundesebene mit einem Wahldesaster konfrontiert.

Ein derartiger Absturz dürfe nicht ohne Konsequenzen bleiben, so die Mitglieder. Schonungslos zeigten die Genossen Fehler der Partei auf. "Die Leute auf der Straße glauben uns nicht mehr", erklärte Stadtratsmitglied Barbara Metzger, "wir müssen unsere Fehler endlich erkennen und eingestehen, damit wir das Vertrauen der Wähler in unsere Kompetenz in allen wichtigen Fragen wiedererlangen." Als ersten Ansatzpunkt nannte sie, die Rente mit 67 wieder rückgängig zu machen. Die sozialdemokratischen Grundwerte müssen wieder stärker in den Vordergrund rücken, hieß es weiter. An der Diskussion zur bundespolitischen Neuorientierung will sich die Hachenburger SPD intensiv beteiligen. Die Themen müssten mehr von unten nach oben getragen und nicht umgekehrt der Basis übergestülpt werden, so die Ortsvereinsvorsitzende **Marlene Hericks**.

Kommunalpolitische Themen kamen trotz der teilweise emotionalen Diskussion nicht zu kurz. Gabriele Greis, Erste Beigeordnete der VG Hachenburg, berichtete über die Pläne zur Errichtung eines neuen Nahwärmenetzes in Hachenburg. Angeschlossen daran werden könnten, das Krankenhaus, das Löwenbad, die Realschule plus, das Kinderhaus und der Kinderhort. Es wird eines der größten Nahwärmenetze in ganz Rheinland-Pfalz sein, das zum großen Teil aus dem Konjunkturpaket finanziert wird. Damit sehen die Mitglieder den Grundsatz der nachhaltigen, CO_x-neutralen Energieversorgung vor Ort umgesetzt, da dieses Kraftwerk überwiegend aus regenerativen Energieträgern, wie zum Beispiel Holzhackschnitzeln Wärme erzeugen wird.

Auch die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise, die erst im kommenden Jahr in voller Härte die Kommunen erreichen werden, wurden diskutiert. Bürgermeister Peter Klöckner rechnet mit deutlichen Steuerrückgängen. Insofern, betonten die Mitglieder des Ortsvereins, seien die Versprechen der neuen Berliner Regierungsrige nicht nachvollziehbar.

Westerwälder Zeitung vom Mittwoch, 25. November 2009